

Merkels Umweltpolitik: außen hui, innen pfui?

Der Schutz der natürlichen Schöpfung ist Teil unserer Verantwortung für künftige Generationen – so lautet der umweltpolitische Leitsatz des Koalitionsvertrages des dritten Kabinetts Merkels. Hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren Umweltschutz zu ihrem Leitsatz gemacht? Die Antwort: es gibt Licht und Schatten. In der Tendenz mehr Licht in der internationalen Umweltpolitik und mehr Schatten zuhause. Es gibt einige wichtige Erfolge, aber in den letzten vier Jahren wurde keiner der negativen Umweltrends gestoppt oder gar ins Positive gedreht. Insgesamt zu viel wenig.

Die Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens steht eindeutig auf der Habenseite. Deutschland hat innerhalb der EU eine wichtige und positive Rolle in den Verhandlungen gespielt. Die Ratifikation des Abkommens durch die EU in Rekordzeit geht auch auf die Politik der Bundesregierung zurück. Bei der Annahme der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen war Deutschland ein wichtiger Akteur. Und es ist der Bundesregierung gelungen, die G20 beim Klimaschutz zusammenzuhalten. Nach der Entscheidung der USA, sich aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zurückzuziehen, hat es bisher keinen Dominoeffekt gegeben. Die deutschen G20 Präsidentschaft hat es geschafft, Wackelkandidaten bei der Stange zu halten. Dies sind wichtige Erfolge.

Auch zuhause steht einiges auf der Habenseite. Der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung ist in dieser Legislaturperiode weiter angestiegen, von gut 25 % auf knapp 32 %. Die Fläche von ökologisch wertvollem Grünland ist gewachsen – vor allem als Folge der letzten EU-Agrarreform. Der Anteil an artenreichen Mischwäldern hat zugenommen. Die Grenzwerte für eine Reihe von Luftschadstoffen wurden nicht überschritten.

Bei Treibhausgasemissionen, einem der wichtigsten Themen der Umweltpolitik, steht Deutschland dagegen schlecht da. Treibhausgasemissionen in Deutschland sind seit 2009 praktisch nicht mehr gesunken. Verkehrsemissionen sind zwischen 2009 und 2015 sogar um 4,7 % angestiegen. Deutschland hat 2017 seine Treibhausgasemissionen zwar um 27,6 % gegenüber 1990 gesenkt, wird wohl aber sein Reduktionsziel von – 40 % für das Jahr 2020 verfehlen. Die fehlenden Fortschritte machen es viel schwerer, die Reduktionsziele für 2030 (- 55 %), 2040 (- 70 %) und 2050 (-80-95%) zu erreichen. Dies ist eine dramatische Fehlentwicklung. Denn gefährlicher Klimawandel wird sich nur aufhalten lassen, wenn Industriestaaten, wie Deutschland, ihre Treibhausgasemissionen bis zum Mitte des Jahrhundert auf netto null reduzieren. Trotz einiger Anstrengungen ist Deutschland in den letzten vier Jahren seinem Anspruch als klimapolitischer Vorreiter nicht gerecht geworden.

In wichtigen Teilen ist auch die Energiewende im Soll. Sie blieb in den letzten vier Jahren im Wesentlichen eine Stromwende, wurde aber keine Wärme- und Verkehrswende. Der Anteil der erneuerbaren Energie im Wärmebereich (im Wesentlichen Gebäude) hat sich zwischen 2012 und 2016 nur um 1% erhöht – von 12,4 auf 13,4%. Die Verkehrspolitik war in dieser Legislaturperiode zu oft auf Antriebstechnologien (Verbrennungs- vs. Elektromotor) verengt. Verlagerung von Verkehr von der Straße auf umweltfreundliche Verkehrsträger oder gar Verkehrsvermeidung blieben Nischenthemen. Die Bundesregierung hat bei den EU Verhandlungen zu Abgastests für Autos gegen anspruchsvollere Verfahren gearbeitet. Bei der Aufarbeitung des Dieselskandals hätte sie eine viel aktivere Rolle spie-

len müssen. Die Vermeidung von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge prägte die Diskussion stärker als die erheblichen Gesundheitsrisiken von Dieselabgasen.

Naturschutz steht ebenfalls auf der Sollseite. Gegenüber 2006 hat sich der Erhaltungszustand von nur 1% der Lebensräume verbessert, während er sich bei 30% verschlechtert hat. Nur ungefähr 30% der Lebensräume haben einen guten oder günstigen Zustand, während 70% einen unzureichenden oder ungünstigen Zustand aufweisen. Gegenüber 2006 hat sich Erhaltungszustand nur bei knapp 10% der Tierarten verbessert, bei einem Fünftel hat sich der Zustand stattdessen weiter verschlechtert hat. Knapp ein Drittel der wildlebenden Tiere und Pflanzen sind im Bestand gefährdet, 4% sind ausgestorben. Das Ziel, den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen, rückt in weite Ferne. Der gegenwärtige Flächenverbrauch durch Siedlungen von ca. 66 Hektar pro Tag ist ebenfalls weit von der Zielmarke von unter 30 ha pro Tag bis 2030 entfernt.

Auch bei Müll und Luftverschmutzung mit Feinstaub und Stickoxiden ist die Bilanz negativ. Die Müllmenge in Deutschland ist zwischen 2013 und 2015 um ca. 4 % angestiegen. Luftverschmutzung mit Feinstaub (PM10) und Stickoxiden ist zwar rückläufig, aber Grenzwerte werden weiter überschritten. An gut 57 % der verkehrsnahen Messstationen wurde der Stickoxid Grenzwert überschritten. Seit 2010 zeigt sich nur ein leicht abnehmender Trend. Beim Feinstaub gibt es zwar Fortschritte, aber die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Werte werden deutlich überschritten. Diese sind strenger als die geltenden EU-Grenzwerte.

Am Ende dieser Legislaturperiode ist die Umweltpolitik in Deutschland nicht genug vorangekommen. International ist einiges in den letzten vier Jahren gelungen, national weniger. Es ist klar, dass der Erfolg von Umweltpolitik von vielen Akteuren abhängt. Die Bundesländer haben zum Beispiel wichtige Kompetenzen im Naturschutz. Ohne die Kommunen ist eine Umkehr in der Verkehrspolitik kaum möglich. Umweltpolitik wird auch von der EU mitbestimmt. Nichtsdestotrotz ist die Bundesregierung ein zentraler Spieler, der viel bewegen kann. Eine Fortsetzung der gegenwärtigen Umweltpolitik in der nächsten Legislaturperiode wäre viel zu wenig. Am Ende stünde dann wirklich: Deutsche Umweltpolitik - außen hui, innen pfui!

Nils Meyer-Ohlendorf, Ecologic Institut, die in diesem Artikel vertretenen Meinungen sind ausschließlich die des Autors.